

Realwirtschaftliche Anpassungszwänge der monetären Integration

Zu den ökonomischen Wirkungen der deutsch-deutschen Vereinigung

Von Franz Peter Lang, Braunschweig und Renate Ohr, Hohenheim

I. Erwartungen an die deutsch-deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Mit der deutsch-deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde die DDR abrupt in einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit der Bundesrepublik Deutschland und ihren leistungsfähigen westlichen Partnern aus dem Europäischen Währungssystem eingebunden. Die politische Vereinigung der beiden deutschen Staaten war unter diesen ökonomischen Voraussetzungen nur noch eine staatsrechtliche Abrundung der Integration und bewirkte allenfalls noch marginale Veränderungen in der ökonomischen Sphäre.

Sowohl Erkenntnisse aus der Debatte um die währungspolitische Integration Westeuropas¹ als auch die Diskussion um die aktuellen Probleme der Wirtschaftsreformen in den bisherigen Staatshandelsländern² wurden bei diesen – relativ kurzfristig getroffenen – politischen Entscheidungen allerdings weitgehend ignoriert. Dies gilt ebenfalls für die außenhandelspolitische Problematik der Integration der relativ rückständigen Staatshandelsländer in den freien Welthandel der Industrie- und Schwellenländer³. Daraus resultierende kritische Vorbehalte gegenüber den Chancen für eine rasche Belebung der DDR-Wirtschaft⁴ werden häufig mit der dogmatisch

¹ Vgl. z.B. Hasse, R. H./Schäfer, W. (Hrsg.): Europäische Zentralbank, Europas Währungspolitik im Wandel, Göttingen 1990.

² Vgl. z.B. die Beiträge in Bradke, S. (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Grösch, 1989; Lang, F. P.: The Conter-Effects of Market Regulation, in: Intereconomics, Heft 2, 1990, S. 72 ff.

³ Vgl. Lang, F. P. und Ohr, R.: Die währungspolitischen Perspektiven der DDR, in: Wirtschaftsdienst, 69. Jahrg., 1989, S. 610 ff.; Machowski, H.: Rückwirkungen der sowjetischen Reformpolitik auf die Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), in: Bradke, S. (Hrsg.), Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Grösch, 1989, S. 93 ff.

begründeten Vision von einem neuen Wirtschaftswunder abgetan. Deren Verfechter erwarten alleine von der Übertragung marktwirtschaftlicher Ordnungskonzepte und allgemeinpolitischer Rahmenbedingungen nach dem Muster der Bundesrepublik Deutschland die Mobilisierung gewaltiger Produktivkräfte, die monetäre und strukturelle Anpassungsprobleme zu vernachlässigenswerten Randerscheinungen degradieren⁵.

Ob solche Erwartungen rational sind, ist jedoch bislang kaum theoretisch fundiert untersucht worden⁶. Aus dem beschriebenen Wirkungskomplex sind allerdings die monetären Anpassungsprobleme institutioneller und funktionaler Art recht gut erforscht. Diese Analysen bestätigen zumeist die Erkenntnis, daß eine sehr frühzeitige monetäre Integration strukturell stark unterschiedlicher Wirtschaftsräume die notwendigen Anpassungslasten – wegen des Verzichts auf monetäre Puffer – in die realwirtschaftliche Sphäre verlagert.

Zur Beurteilung der Folgen der deutsch-deutschen Vereinigung werden daher im folgenden zunächst die wichtigsten realwirtschaftlichen Effekte der monetären Integration für die DDR-Wirtschaft skizziert. Danach wird untersucht, in welchem Umfang fiskalische Hilfen und/oder eine eigendynamische Entwicklung der Wirtschaft im Bereich der (bisherigen) DDR selbst den Integrationsprozeß begünstigen und damit die Anpassungslasten für die gesamtdeutsche Volkswirtschaft mindern können.

II. Realwirtschaftliche Auswirkungen der monetären Integration

1. Binnenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das durchschnittliche Nettoeinkommen eines repräsentativen DDR-Haushalts betrug zum Stichtag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion etwa 42 % des Einkommens eines vergleichbaren Haushalts in der Bundesrepublik Deutschland. Der bislang typische Warenkorb des repräsentativen DDR-Haushalts (ohne Berücksichtigung des Gutes Wohnung)

⁴ Wenn im folgenden von DDR oder DDR-Wirtschaft gesprochen wird, ist damit die regionale Abgrenzung der früheren DDR gemeint.

⁵ Vgl. *Necker, T.*: Ein Fünf-Stufen-Plan für die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 2, 1990, S. 65 ff.; *Watrin, C.*: Voraussetzungen und offene Fragen einer Wirtschafts- und Währungsunion, in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 2, 1990, S. 68 ff.

⁶ Erste Ansatzpunkte finden sich allerdings z.B. in: *Ohr, R.*: Währungsunion zur Lösung realwirtschaftlicher Probleme?, in: *Das Wirtschaftsstudium*, Heft 4, 1990, S. 217 ff.

wird durch die mit der Wirtschaftsunion einhergehenden Subventionsausfälle bereits um etwa 10 % höhere Ausgaben verursachen als in der Vergangenheit⁷. Die Wirtschafts- und Währungsunion lenkte die Kaufkraft der DDR-Haushalte zudem nun mehr als bisher unmittelbar auf Westgüter. Im Warenkorb der DDR-Konsumenten haben Güter westlicher Herkunft eine dominante Bedeutung erlangt. Der Kaufkraftabfluß beeinträchtigt hierdurch die Produktions- und Absatzmöglichkeiten drastisch⁸.

Die monetäre Integration bewirkte weiter, daß Umsätze, Lohnkosten, Kapitalkosten und Schuldendienst der Unternehmen nun auf DM lauten. Die Umsätze der Vergangenheit bleiben aber den Unternehmen nur erhalten, wenn ihre Leistungen auch weiterhin nachgefragt werden. Aufgrund des relativen Qualitäts- und Imagerückstandes zu vergleichbaren westlichen Produkten ist jedoch direkt eine extreme Substitution von DDR-Produkten durch westliche Produkte eingetreten⁹. Zahlreiche DDR-Unternehmen können daher ihre gewohnten Umsätze auf dem Binnenmarkt der DDR nicht halten. Zudem hat die monetäre Integration auch früher erfolgreiche Exportunternehmen von ihren traditionellen Exportmärkten im Bereich des ehemaligen Ostblocks abgeschnitten. Da diese Exporte nunmehr auch in DM fakturiert werden, begrenzt die akute Devisenknappheit der ehemaligen Ostblockkunden diesen Absatzmarkt. Auch stehen die DDR-Produzenten selbst hier nun durch die Fakturierung in „harter“ Währung in direkter Konkurrenz zu anderen (westlichen) Anbietern.

Hinzu kommt, daß das Produktivitätsniveau im allgemeinen nur 40 % - 50 % der vergleichbaren Branchen in der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Die Kostenbelastbarkeit und damit die Lohnzahlungsfähigkeit ist daher entsprechend gering. Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß durch die Integration der DDR-Wirtschaft in die westliche Weltwirtschaft mehr als 30 % der bestehenden DDR-Betriebe strukturell entbehrlich werden, da sie ausschließlich unter dem politischen Postulat der Autarkie existenzfähig waren.

⁷ Zwar werden luxuriöse Konsumgüter deutlich billiger angeboten, dafür steigen jedoch die Preise vieler Grundnahrungsmittel, aber auch für Kleidung und ähnliches. Die Prognosen divergieren allerdings zwischen einer relativen Konstanz des Preisniveaus und einem geringfügigen Kaufkraftverlust.

⁸ Vgl. Pohl, R.: Stolpersteine der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion, in: Das Wirtschaftsstudium, Heft 8 - 9, 1990, S. 455 ff.

⁹ Vgl. Lang, F. P.: Finanzmärkte, Währung, Prognosen, in: Ruoss, R. (Hrsg.): DDR. Informationsseminar für die Nahrungs- und Genußmittelwirtschaft, Frankfurt 1990, S. 14 ff.; Lang, F. P.: Leistungsbereitschaft steigern, in: LZ, Deutsche Handelszeitung vom 29. Juni 1990, S. 44 ff.

In etwa 20 % bis 25 % der Unternehmen blieb die Reallohnentwicklung bis in den Sommer 1990 zwar noch hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. In diesem Bereich beruht die begrenzt vorhandene Wettbewerbsfähigkeit – und damit die Attraktivität für private Investoren – aber ausschließlich auf dem relativen Niedriglohn, während die Kapitalausstattung durchweg veraltet ist. Die Produktivität vieler Betriebe wird sich zwar durch die Freisetzung von Arbeitskräften im Zuge des Planverwaltungsabbaus, der anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen und der verbesserten Zulieferungen von Vorleistungen und Repetierfaktoren erhöhen. Dies gilt jedoch nicht für alle Betriebe und führt zudem schon heute zur Ausbildung einer stark steigenden strukturellen Arbeitslosigkeit.

Die skizzierte Kaufkraft- und Einkommenssituation der privaten Haushalte löst gegenwärtig bereits verstärkte Forderungen nach Reallohnanpassungen an westdeutschen Standard aus. Durch die Übertragung des tarifpolitischen Rechtsrahmens im Zuge der raschen politischen Integration lassen sich diese relativ leicht durchsetzen. Reallohnsteigerungen gefährden aber rentabilitätssteigernde Erfolge realisierter Produktivitätsfortschritte. Die Betriebe im Wirtschaftsraum der ehemaligen DDR sind somit sowohl von der Nachfrage- als auch von der Kostenseite durch die Wirkungen der Integration bedroht.

Dies gilt insbesondere für die bisherigen Basisindustrien. Durch deren strukturelle Anpassungsprobleme sind aber, mit gewissen regionalen Unterschieden, auch die mit den Basisindustrien verflochtenen Unternehmen des tertiären Sektors und das vom Erfolg der gesamten Wirtschaft abhängige, im Aufbau befindliche staatliche System in seiner Existenz gefährdet.

Die eingeschränkte Rentabilität der Unternehmen einerseits und die dadurch verursachten Hemmnisse für einen privaten Kapitalzufluß zum Zwecke der notwendigen Modernisierung des Kapitalbestandes andererseits verbinden sich mit den sich ausbildenden sozialen Problemen einer wachsenden strukturellen Arbeitslosigkeit in einem noch unterentwickelten sozialstaatlichen System. Unter solchen Rahmenbedingungen sind in einer Demokratie Forderungen nach aktiver Fiskalpolitik und Sozialpolitik in der Regel erfolgreich. Dies gilt als Folge der politischen Integration natürlich nun für den gesamtdeutschen Wirtschaftsraum.

2. Außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Viele Reformvorschläge für die künftige Wirtschaftsentwicklung in der DDR setzen auf die Integration in das bestehende Welthandelssystem. Angesichts ihres technologischen Entwicklungs-Rückstandes gegenüber

den westlichen Industrieländern bei den meisten Gütergruppen kann die DDR in vielen Bereichen allerdings nur auf der Ebene eines Schwellenlandes in den westlichen Welthandel eintreten. Dies bedeutet, daß in dieser Region auf absehbare Zeit vor allem Industrieprodukte der Standardisierungsphase produziert und exportiert werden und hochentwickelte Industriegüter importiert werden müssen. Die Produzenten stehen dabei unter hartem Konkurrenzdruck von Anbietern aus anderen Schwellenländern, die zum Teil mit deutlich modernerem Kapital ausgestattet sind und bei denen nicht die Gefahr besteht, daß sich in Kürze die Lohnkosten gravierend erhöhen werden. Ein Vorteil der DDR-Wirtschaft gegenüber den traditionellen Schwellenländern ist allerdings ein deutlich höheres Humankapital, d.h. höher qualifizierte, besser ausgebildete und vor allem auch bildungsfähigere Arbeitskräfte.

Produktion und Export standardisierter Produkte bedeuten jedoch auch, daß die Unternehmen einem starken Preiswettbewerb ausgesetzt sind. Produzenten von Gütern der Innovationsphase des Produktzyklus¹⁰ haben dagegen mehr Preiserhöhungsspielräume und teilweise sogar Möglichkeiten für Monopolrenditen. Die deutsch-deutsche Vereinigung ermöglicht kurzfristig einen verstärkten Handel der bisherigen DDR-Wirtschaft mit westlichen Industrieländern. Damit ist jedoch unter den genannten Rahmenbedingungen eine Verschlechterung ihrer terms of trade verbunden: Auf dem gegenwärtigen Exportgütermarkt der DDR in den Westen gibt es auf der Angebotsseite relativ viele westliche Konkurrenten, während die westliche Nachfrage, wegen des hohen Sättigungsgrades bei diesen Gütern, nur in geringem Maße ausdehnbar ist. Ergebnis sind stagnierende oder gar sinkende Exportpreise. Auf der anderen Seite ist die Importgüterpalette relativ breit und richtet sich im wesentlichen auf hochwertige, technische Produkte, deren Preise hoch und tendenziell steigend sind.

Die Verschlechterung der terms of trade bedeutet einen weiteren Verfall der Ertragskraft der Exporterlöse von Unternehmen aus der DDR-Region. Diese ungünstige Perspektive wird noch verstärkt durch die Gefahr einer Konservierung des gegenwärtigen Technologierückstandes. Werden die industriellen Anstrengungen auf solche standardisierten Produkte konzentriert, die meist relativ arbeitsintensiv und mit alten Technologien erzeugt werden können, so werden auch mittelfristig keine hochentwickelten Industriegüter auf den Markt gebracht werden.

Der relativ ungünstigen Position im Handel mit westlichen Industrieländern steht jedoch eine günstigere Ausgangslage im Handel mit dem

¹⁰ Vgl. Ohr, R.: Produktzyklustheorie des Außenhandels, in: WiSt, 14. Jg., Heft 1, 1985, S. 27 ff.

COMECON gegenüber¹¹. Dort war die DDR bis in die jüngste Zeit ein Land, das einen relativen Humankapitalreichtum in eine für sie günstige Handelsstruktur umsetzen konnte, in dem sie relativ hochqualifizierte Industriegüter gegen Nahrungsmittel und Rohstoffe tauschte. Bildet sich im Zuge weiterer Reformschritte auch im COMECON ein marktbestimmtes und effizienteres System der Außenhandelspreise heraus, so könnte dies die ehemalige DDR – als hier relativ hochindustrialisierter Handelspartner – künftig in eine noch bessere Position bringen. Es bestehen Standortvorteile aus den Erfahrungen des DDR-Managements im Osthandel, aus den guten Marktkennntnissen und aus der auf die Bedürfnisse des Ostens abgestimmten Produktionsstruktur, die für günstige Exportrenditen genutzt werden müßten.

Eine Begrenzung dieser Wachstumschancen ist allerdings auch hier die Anbindung an die DM, da nun die COMECON-Partner ebenfalls in Devisen, und dazu noch in einer sehr harten Währung, bezahlen müssen. Gelingt trotzdem eine Stabilisierung oder sogar ein Ausbau der Ausfuhren in den Osten, so ist dies eine „Möglichkeit für die DDR, im Status eines industriellen Zentrums zu bleiben und nicht zum Zulieferer für die bundesrepublikanische Industrie zu werden“¹². Die erwirtschafteten Exporterlöse könnten dann unter anderem dazu genutzt werden, den Transfer von Technologien und Wissen aus dem Westen zu finanzieren.

III. Chancen und Risiken für die gesamtdeutsche Wirtschaftsentwicklung

1. Möglichkeiten und Grenzen fiskalpolitischer Incentives

In politischen Stellungnahmen wird oft die Erwartung geäußert, daß ein rascher Ausbau von Infrastruktur und Produktionsanlagen die bisherige DDR sehr bald zu einer modernen und produktiven Industriekapazität führen kann und wird, welche schon mittelfristig ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich verbessern wird. Unter dieser Prognose wird das hierfür notwendige Renditewachstum als selbstverständlich antizipiert. Es ist jedoch fraglich, ob diese Entwicklungslinie realisiert werden kann.

Wie angedeutet, verursacht die Modernisierung der DDR-Wirtschaft eine erhebliche strukturelle Arbeitslosigkeit, die hohe soziale Kosten verursacht. Diese freigesetzten Arbeitskräfte könnten nach vielfach geäußerter Ansicht

¹¹ Vgl. Lang, F. P. und Ohr, R.: a. a. O., S. 614.

¹² Polster, W. und Voy, K.: Politische Regulierungen der Marktwirtschaft und ihre Übertragbarkeit auf die DDR, in: Heine, M. u. a. (Hrsg.), Die Zukunft der DDR-Wirtschaft, Reinbek 1990, S. 90 f.

durch einen expandierenden Dienstleistungssektor aufgenommen werden¹³. Hier stellt sich jedoch einerseits das Problem der Fehlqualifikation des Bestandes an Humankapital in der DDR. Die notwendige Umqualifikation ist zumindest zeitraubend, in jedem Falle aber sehr kostspielig. Ökonomisch sinnvoll ist sie daher nur bei jüngeren Arbeitslosen, und sie setzt zugleich deren Bereitschaft zur Umschulung voraus.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der privatwirtschaftlichen Rentabilität dieses Dienstleistungssektors. Ein marktwirtschaftlich organisierter Dienstleistungssektor lebt von der lokalen Massenkaufkraft, die aus einer prosperierenden lokalen Wirtschaft gespeist wird. Wegen der sich anbahnenden Strukturkrise wird diese jedoch im regionalen Bereich der bisherigen DDR als Entwicklungsmotor des Dienstleistungssektors wahrscheinlich zunächst eher gering ausfallen. Die Absorptionsfähigkeit dieser Region wird damit auf absehbare Zeit vergleichsweise begrenzt bleiben¹⁴.

Es bleiben somit vorerst nur staatliche Aktivitäten zur Ankurbelung der Nachfrage, deren Finanzierung über das Staatsbudget erfolgen muß. Dies ist im nötigen Umfange allerdings nur möglich, wenn auch die Steuerlasten weiter erhöht werden, wodurch jedoch die Entwicklung gewünschter privater Aktivitäten gehemmt werden kann. Eine eigendynamische Entwicklung des Dienstleistungssektors im Bereich der DDR erscheint daher unwahrscheinlich. Die gegenwärtig diskutierte Ausdehnung des Zonenrandprivilegs auf die gesamte Region der ehemaligen DDR wird auch nur geringe Erfolge zeigen, da Steuervorteile naturgemäß nur prosperierende Unternehmen fördern. Diese sind aber hier nur in geringer Zahl vorhanden. Zieht die Förderung jedoch Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland in den Bereich der DDR, so führt dies zu den bekannten Mitnahmeeffekten oder verlagert das Beschäftigungsproblem nur interregional.

Eine gewisse Attraktivität für westliche Investitionen wird allerdings vielfach noch im Bereich des Osthandels vermutet, die auch noch durch entsprechende Steuerbegünstigungen gesteigert werden könnte. Die exklusive Position der DDR-Unternehmen auf den Märkten im Osten beruhte aber bisher vor allem auf dem Ausschluß wettbewerbsfähiger Konkurrenten aus dem Bereich konvertibler Währungen. Da die DDR-Unternehmen nunmehr ebenfalls in DM fakturieren, entfällt ein wesentlicher Grund für osteuropäische Importe aus dem Gebiet der DDR. Es bleibt lediglich die durch langjährige Lieferbeziehungen begründete strukturelle Produktbindung z.B.

¹³ Dabei wird das historisch beobachtete Entwicklungsmuster der Veränderung der Sektorenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland ohne weitere Überlegung auf die DDR übertragen.

¹⁴ Vgl. Pohl, R., a. a. O., S. 455 ff.

über den Bedarf an Zulieferung von Ersatzteilen. Erfolgreiche fiskalpolitische Incentives setzen also auch hier Bedingungen in der realen Sphäre voraus, die im Wirtschaftsraum der bisherigen DDR nicht oder bald nicht mehr vorliegen.

2. Eigendynamische Effekte der Wirtschaftsentwicklung

Die vorausgegangenen Überlegungen haben gezeigt, daß die Integration der DDR-Wirtschaft keineswegs zwangsläufig zu einer belastungsfreien und raschen Aufwärtsentwicklung der Aktivität der vereinigten Volkswirtschaften führen muß. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, daß die Sanierung der DDR-Wirtschaft angesichts des notwendigen Finanzierungsvolumens¹⁵ nicht allein durch die öffentlichen Haushalte aufgebracht werden kann. Ohne eine massive Mobilisierung privaten Kapitals von den westlichen Kapitalmärkten kann eine ökonomisch erfolgreiche und damit politisch und sozial stabile Integration nicht gelingen. Diese setzt aber die Erwartung realer Renditen durch Lohnzurückhaltung und hohe Produktivität voraus¹⁶. Solche positiven Renditeerwartungen gründen sich zumeist auf die Erfahrungen der westdeutschen Wirtschaft nach der Währungsreform und dem Übergang zur sozialen Marktwirtschaft. Die damit verbundenen ordnungspolitischen Veränderungen beschreiben jedoch nur notwendige Voraussetzungen für das historisch eingetretene Wirtschaftswunder¹⁷. Hinreichend für seinen letztlichen Erfolg waren dagegen mehr weltpolitische Veränderungen und gewisse realwirtschaftliche Sonderbedingungen im Deutschland jener Zeit¹⁸, die für die DDR vielfach nicht zutreffen.

So war die Bewußtseinslage der Deutschen nach dem Zusammenbruch von extrem geringen Erwartungen an die Zukunft geprägt. Tatsächlich war aber die materielle Gesamtsituation besser, als es angesichts der erheblichen Zerstörungen den Augenschein hatte. Das Industriepotential Westdeutschlands war zwar stark, aber doch nur teilweise zerstört¹⁹. Die noch vorhande-

¹⁵ Die Schätzungen reichen von 1,6 Billionen DM bis 2 Billionen DM.

¹⁶ In der öffentlichen Diskussion wird hier mancherorts von der Erwartung eines neuen Wirtschaftswunders ausgegangen. Vgl. z.B. *Matthäus-Maier, I.*: Für eine Währungsunion schon in diesem Jahr, in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 2, 1990, S. 63 ff.

¹⁷ Vgl. *Lang, F. P.*: Realwirtschaftliche Aspekte des Wirtschaftswunders: Ist ein Wirtschaftswunder in der DDR wahrscheinlich?, in: *Das Wirtschaftsstudium*, 19. Jg., Heft 8 - 9, 1990, S. 482 ff.; *Lösch, D.*: The Post-war Transformation of West Germany's Economy: A Model for the GDR?, in: *Intereconomics*, 1990, S. 88 ff.

¹⁸ Vgl. *Polster, W.* und *Voy, K.*: a. a. O., 1990, S. 81 ff.

¹⁹ So beschränkte sich z.B. der Verlust an industriell nutzbarer Bausubstanz auf 20% des Baubestandes von 1939, so daß also 80% der Bausubstanz noch verfügbar waren. Vgl. *Michalka, E.*: Zerstörung und bedingungslose Kapitulation: Der Unter-

nen Anlagen waren allerdings weitgehend auf die Bedürfnisse einer autarken Kriegsproduktion umgerüstet und durch mehr oder weniger punktuelle Zerstörungen der Infrastruktur lahmgelegt.

Auch die Bestände an verfügbarem Humankapital waren weitgehend erhalten. Sie waren nur desorganisiert und räumlich zerstreut. Insofern boten sich von der Real- und der Humankapitalbasis her günstige realwirtschaftliche Voraussetzungen für eine rasche ökonomische Aufwärtsentwicklung.

Diese Bedingungen liegen im Bereich der DDR nicht vor. Dort ist das Industriepotential nicht teilweise zerstört, sondern infolge jahrzehntelanger Autarkiepolitik und Planwirtschaft vollständig fehlstrukturiert und desorganisiert. Auch die Infrastruktur ist nicht punktuell zerstört, sondern vollkommen veraltet und restaurierungsbedürftig und wird noch längere Zeit ein Engpaßfaktor bleiben. Schließlich ist das Humankapital durch Fehlqualifikation auf mittlere Sicht nur bedingt einsetzbar.

Die Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die zwangsläufig der monetären Integration folgen mußte, ähnelt zwar den Neuerungen der Nachkriegszeit. Im internationalen Bereich fehlen jedoch entsprechende ordnungspolitische Innovationen. So war die Nachkriegszeit durch die Einführung des Bretton-Woods-Systems und des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens geprägt. Die junge westdeutsche Wirtschaft genoß zudem über Jahre eine wechselkursbedingte Protektion ihrer außenwirtschaftlich aktiven Sektoren durch eine Unterbewertung der DM, die ein exportgeleitetes Wachstum ermöglichte²⁰. Beides fehlt in der Wirtschaft der DDR von heute. Ihre Integration in das DM-Währungssystem schneidet sie statt dessen durch eine Überbewertung der Währung sogar von ihren traditionellen Absatzmärkten in Osteuropa ab und beeinträchtigt ihre Chancen, auf westlichen Märkten Fuß zu fassen.

Hatte die Rekonstruktion der Infrastruktur durch die rasche Fertigstellung zerstörter Schwerpunkte im Westdeutschland der Nachkriegszeit erhebliche Entwicklungsschübe zur Folge, so wird die Rekonstruktion des Systems der DDR sehr kostspielig und zeitraubend zugleich sein. Dies gilt auch für die Real- und Humankapitalbestände. Konnte Westdeutschland mit einem Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Reservoir der Kriegsgefangenen und aus der sowjetisch besetzten Zone rechnen, so muß die Wirtschaft im Bereich der DDR sogar unter der Abwanderung ihrer

gang des deutschen Reiches, in: *Vogt, M.*: Deutsche Geschichte, Stuttgart 1987, S. 722 ff.

²⁰ Vgl. *Polster, W.* und *Voy, K.*: a. a. O., S. 85.

qualifizierten Arbeitskräfte leiden. Die günstigeren realen Ausgangsbedingungen für die Reorganisation und Rekonstruktion von ökonomischer und politischer Infrastruktur in Westdeutschland verweisen die DDR in eine vergleichsweise schlechtere Startposition.

Eine Schlüsselfunktion für die Eigendynamik der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung war darüber hinaus die erhebliche Eigenkapitalbildung. Diese war durch außerordentlich günstige Kostenkonditionen möglich. Die Arbeitskräfte stellten als Folge ihrer kriegsbedingt geringen Erwartungen an die Zukunft nur vergleichsweise geringe Ansprüche an die reale Entlohnung und zeigten zugleich eine hohe Leistungsbereitschaft. Der Zustrom von Kriegsheimkehrern und Flüchtlingen sorgte zudem für ein hochelastisches Angebot auf dem gesamten Arbeitsmarkt. Die realisierten Produktivitätssteigerungen wurden somit kaum über Reallohnsteigerungen an den Produktionsfaktor Arbeit weitergegeben und damit nicht für konsumtive Zwecke verwendet. Dies ermöglichte im internationalen Vergleich hohe Renditen, die ausländisches Finanzkapital attrahierten. Die Gütermärkte waren durch diese Rahmenbedingungen durch ein sehr preiselastisches Angebot gekennzeichnet und erlaubten hohe Wachstumsraten bei geringen Preissteigerungsraten. Die allgemeine Lohnzurückhaltung ermöglichte zugleich eine Eigenkapitalbildung auf breiter Basis, die zunehmend ein tragender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung wurde²¹.

Auch dieses ökonomische Umfeld liegt in der Wirtschaft der bisherigen DDR nicht vor, denn der Demonstrationseffekt des westeuropäischen Lebensstandards, verbunden mit den zum Teil polemischen Versprechungen westdeutscher Politiker hat bereits ein hohes Anspruchsdenken und eine teilweise überzogene Erwartungshaltung bei vielen Bürgern erzeugt. Das Gefühl, nicht selbst die Verantwortung für die Misere zu tragen, hemmt ihre Leistungsbereitschaft. Für eine massive Eigenkapitalbildung aus dieser Region selbst fehlen somit die realwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Eigenbeitrag der DDR-Wirtschaft zu ihrer Aufwärtsentwicklung wird daher wahrscheinlich relativ gering bleiben. Folglich sind hohe Renditen, die marktmäßig zur Attraktion von ausländischem Kapital beitragen könnten, zunächst wahrscheinlich nur bedingt zu erwarten.

²¹ Nicht zuletzt dadurch konnte sich im Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik Deutschland rasch ein im internationalen Vergleich sehr breiter Mittelstand entwickeln.

3. Auswirkungen der Finanzierung der Integration

Die monetäre und wirtschaftliche Integration der DDR-Wirtschaft löst somit Realeffekte aus, die unter Umständen eine erfolgreiche und rasche Aufwärtsentwicklung eher behindern als begünstigen.

Ein ökonomischer Beitrag aller Wirtschaftssubjekte in Deutschland wird notwendig sein, um die anstehenden Probleme zu lösen. Unter den vorliegenden Bedingungen sind damit massive Umverteilungen der Einkommen unausweichlich²². In einem bewußt auf individuelle Freiheitsentfaltung ausgerichteten Wirtschaftssystem ist dies jedoch nicht ohne erhebliche Verteilungskämpfe auf den Faktormärkten und in der politischen Sphäre möglich. Eine Verschärfung dieser Konflikte ist dabei um so wahrscheinlicher, je höher die Lasten sind, die ein expandierender und vielfach ineffizient wirtschaftender Staatssektor verursacht. Die Leistungsbereitschaft wird dabei durch Steuer- und Sozialabgabelasten vermindert, während die Gefahr besteht, daß überzogenes Anspruchsdenken sogar honoriert wird. Auch die Abwanderung ökonomisch erfolgreicher Aktivitäten in ein unbelasteteres Ausland ist dabei nicht auszuschließen.

Gegenwärtig erfolgt die Finanzierung der Transfers an die Region der DDR allerdings vor allem über zusätzliche Staatsverschuldung. Schon jetzt zeigt sich hierdurch ein deutlicher Zinsauftrieb, der private Investitionen (z.B. im Wohnungsbau) zunehmend hemmt. Neben dieses zinsinduzierte crowding out kann auch noch ein Wechselkursinduziertes crowding out treten, wenn die DM durch (zinsabhängige oder spekulative) Kapitalzuflüsse aufwertet. Überwiegen im DM-Dollarraum auch die positiven Angebots-effekte einer Aufwertung der DM, so können doch Aufwertungstendenzen im EWS oder gegenüber dem Yen mittelfristig zu Exportproblemen führen.

Kurzfristig wird die Ausdehnung der kreditfinanzierten Staatsausgaben aber eher die traditionellen keynesianischen Folgen haben, die – bei weitgehend ausgelasteten Produktionskapazitäten – in inflationären Tendenzen bestehen²³. Diese wiederum verschärfen die Verteilungsprobleme zusätzlich und können auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands mittelfristig beeinträchtigen.

²² Vgl. Wagner, Adolf: Auf dem Weg zur Wirtschaftsunion, in: (Wieder-)Vereinigungsprozeß in Deutschland, Stuttgart 1990, S. 85.

²³ Vgl. Pohl, R. a.a.O., S. 456. Zu weiteren Problemen einer künftigen Erhöhung des Staatsdefizits zur Sanierung der DDR-Wirtschaft, siehe auch Pohmer, D., Die finanzpolitischen Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion, in: (Wieder-)Vereinigungsprozeß in Deutschland, Stuttgart 1990, S. 71.

IV. Zur künftigen Einbindung Deutschlands in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung

Wird dagegen davon ausgegangen, daß die sich mittel- und langfristig abzeichnenden Probleme doch relativ friktionslos gelöst werden können und daß die Modernisierung der DDR-Wirtschaft tatsächlich gelingt, so bleibt die Frage, wer die erweiterte und hochproduktive Industriekapazität Gesamtdeutschlands langfristig auslastet. Bereits gegenwärtig ist die Kapazität der westdeutschen Wirtschaft für die Befriedigung des Bedarfs Gesamtdeutschlands ausreichend. Die erweiterte und modernisierte Industriekapazität kann daher nur durch Exporte ausgelastet werden. Die Modernisierung der DDR-Wirtschaft erhöht allerdings zunächst die Inlandsabsorption heimischer Investitionsgüter. Die Exportfähigkeit der deutschen Unternehmen kann dadurch im Umbauprozess temporär verringert werden. Zugleich steigt der Importbedarf. Dies passiviert nicht nur kurzfristig die reale Leistungsbilanz. Es besteht die Gefahr, daß durch die einseitige Orientierung westdeutscher Wirtschaftsaktivitäten auf den Binnenraum Gesamtdeutschlands es zu einer Vernachlässigung der traditionellen Exportbasis der westdeutschen Wirtschaft kommt.

Dieselbe Wirkung haben auch reduzierte Kapitalexporte. Dies gilt vor allem für den traditionell hohen langfristigen Kapitalexport, welcher vielfach zum Zwecke von Auslandsinvestitionen vorgenommen wird, die unter anderem der Marktpflege dienen und spätere Warenexporte induzieren können. Etablierte und neue Konkurrenten auf dem Weltmarkt können diese temporäre Chance zu Lasten der traditionellen deutschen Weltmarktsegmente nutzen. Eine spätere Wiedergewinnung dieser Märkte kann wegen der hohen Markteintrittskosten außerordentlich schwierig werden. Dies bedeutet, daß die begünstigten Konkurrenten durch die Übernahme temporär aufgegebenen Marktsegmente ihrerseits expansive Impulse erfahren und somit indirekt von der innerdeutschen Entwicklung zu Lasten des deutschen Exports profitieren. Die deutsch-deutsche Integration könnte somit zu einer dauerhaften außenwirtschaftlichen Schwäche eines international verschuldeten Gesamtdeutschlands führen.

Die Veränderungen durch die deutsch-deutsche Vereinigung können somit langfristig nur dann als Wachstumspotential genutzt werden, wenn der gesamtdeutsche Außenhandel kräftig expandiert und neue Absatzchancen erschlossen werden. Diese liegen zum einen in den traditionellen Absatzmärkten im Westen und den Entwicklungsländern. Zum anderen aber liegen sie im COMECON-Bereich, wenn die DDR-spezifischen Exportmärkte dort nicht kurz- und mittelfristig vernachlässigt, sondern konser-

viert und konsequent weitergepflegt werden. An einem Gelingen des osteuropäischen Reformprozesses, aber auch an einer raschen Aufwärtsentwicklung der unterentwickelten Länder in der Dritten Welt muß die deutsche Wirtschaft daher ein außerordentlich hohes Interesse haben.

Zusammenfassung

Realwirtschaftliche Anpassungszwänge der monetären Integration

Der vorliegende Beitrag analysiert die wichtigsten realwirtschaftlichen Effekte der deutsch-deutschen monetären Integration für die DDR-Wirtschaft. Es werden sowohl nachfrage- wie auch angebotsseitige Probleme aufgezeigt, die einerseits zu einer eingeschränkten Rentabilität der Unternehmen und damit zu unzureichenden Kapitalzuflüssen führen, sowie andererseits zu wachsender struktureller Arbeitslosigkeit und Verteilungsproblemen. Im Außenwirtschaftsbereich verschlechtert sich die Wettbewerbsposition der DDR durch die monetäre Anbindung an die DM nicht nur gegenüber potentiellen westlichen Kunden und Konkurrenten, sondern auch bezüglich des Handels mit den früheren COMECON-Partnern.

Es wird dann untersucht, ob mit Hilfe fiskalpolitischer Incentives oder durch eigen-dynamische Effekte eine rasche Aufwärtsentwicklung der Wirtschaftsaktivität erreicht werden kann. Es wird gezeigt, daß allein die Übertragung marktwirtschaftlicher Ordnungskonzepte und die Einführung der DM nicht die Rahmenbedingungen beinhalten, die in Westdeutschland nach der Währungsreform zu dem sogenannten Wirtschaftswunder geführt haben. Die monetäre und wirtschaftliche Integration der DDR-Wirtschaft löst vielmehr Realeffekte aus, die unter Umständen eine erfolgreiche und rasche Aufwärtsentwicklung eher behindern als begünstigen.

Summary

Real Economic Adjustment Constraints in Monetary Integration

This contribution analyzes the most important real economic implications of German-German monetary integration for the GDR economy. The analysis covers both demand and supply-side problems which result in limited corporate profitability and, thus, in inadequate capital inflows on the one hand and in growing structural unemployment and allocation problems on the other. Externally, the GDR's competitiveness is deteriorating as a result of the monetary link with the Deutsch-mark not only vis-à-vis potential Western clients and competitors, but also in the trade with its former CMEA partners.

This is followed by an analysis of the question whether, with the help of fiscal policy incentives or through autodynamic effects, a quick upturn of economic activity can be achieved. The conclusion is reached that the mere copying of general economic concepts and the mere introduction of the Deutsch-mark do not entail the kind of framework conditions that led to the so-called economic miracle in West Germany.

after the 1948 monetary reform. Monetary and economic integration of the GDR rather unleashes real effects that may – on certain conditions – hamper rather than favour a successful and rapid economic upturn.

Résumé

L'intégration monétaire et ses contraintes économiques réelles d'adaptation

Le présent article analyse les effets économiques réels essentiels de l'intégration germano-allemande pour l'économie de la RDA. Les auteurs présentent des problèmes autant du côté de la demande que de l'offre. Ces derniers restreignent d'une part la rentabilité des entreprises, ce qui rend les afflux de capitaux insuffisants. D'autre part, ils entraînent du chômage structurel croissant et des problèmes de répartition. Pour ce qui est de l'économie des échanges extérieurs, la position concurrentielle de la RDA se détériore à cause de la liaison monétaire au DM, et ceci non seulement vis-à-vis de potentiels clients et concurrents de l'ouest, mais également en ce qui concerne le commerce avec les anciens partenaires du COMECON.

Les auteurs examinent ensuite si l'on peut atteindre un progrès rapide de l'activité économique à l'aide d'incentives de la politique fiscale ou grâce à des effets de dynamisme propre. Ils montrent que le transfert du système d'économie de marché et l'introduction du DM ne contiennent pas à eux seuls les conditions-cadres qui ont entraîné en Allemagne de l'Ouest le «miracle économique» après la réforme monétaire. L'intégration monétaire et économique de l'économie de la RDA entraîne au contraire des effets réels qui entravent plutôt que ne favorisent un progrès rapide et couronné de succès.